

Die unheimliche Wette

Das Europäische Patentamt hat 2,3 Milliarden Euro angehäuft – und will nun unter die Spekulanten gehen. Der Bundesrechnungshof ist alarmiert.

TEXT PETRA SORGE

Sonnenuntergang über der dänischen Ostsee, die Große-Belt-Brücke erhebt sich über das spiegelglatte Wasser, nicht ein Wölkchen steht am Himmel – was für ein schönes Sehnsuchts- und Abschiedsbild, mit dem das Europäische Patentamt (EPA) in München da seine jüngste Broschüre illustriert, die Bilanz seines Präsidenten Benoît Battistelli: „Modernisierung für Exzellenz und Nachhaltigkeit“.

Der Franzose, ein Typ mit Brille und Raspelhaarschnitt, geht zum Monatsende. Und das Bild, das er für seinen Abschied gewählt hat, könnte für viele, die ihn kennen, kaum schiefer sein. Battistelli hat in seinen acht Jahren an der Spitze der europäischen Behörde keine Brücken gebaut, sondern Gräben aufgerissen. Er ließ Mitarbeiter mit Keyloggern – Software zur Protokollierung von Eingaben an einer Tastatur – überwachen, feuerte drei der höchsten Personalvertreter, baute eine interne Ermittlungseinheit auf.

Die hauseigene Gewerkschaft warf ihm einen „höchst autoritären Führungsstil“ vor. Und der Verwaltungsrat wünschte sich einen Nachfolger, der über „moderne Managementmethoden“ und eine „ausgezeichnete Fähigkeit“ zum „sozialen Dialog“ verfügt. Für viele ging mit Battistelli die Sonne im Patentamt unter. Ab dem 1. Juli soll der Portugiese António Campinos dafür sorgen, dass die Stimmung sich wieder aufhellt.

Doch Battistelli hat dafür gesorgt, dass man ihn und sein Erbe so leicht nicht vergessen wird. Per Richtlinie schuf er einen Fonds, der ab Juli das Vermögen des Amtes in Höhe von 2,3 Milliarden Euro verwalten soll. So viel hat die Behörde dank eines eisenharten Wachstumskurses angehäuft. Seit 2010 steigerte es die Zahl der bewilligten Patente um 82 Prozent auf 105 600 im Jahr 2017, das Betriebsergebnis kletterte von 70 auf mehr als 390 Millionen Euro.

Bis Jahresende soll die Vermögensverwaltung des EPA ausgelagert sein. Der Fonds erhält einen komplizierten Namen: EPO

Treasury Investment Fund, kurz EPOTIF – und seinen Managern fällt die Aufgabe zu, das Geld auch in riskanten Papieren anzulegen. Profiprodukte wie Asset Backed Securities, Mortgage Backed Securities und Credit Default Swaps sollen das Vermögen der Behörde vermehren. Das geht aus Akten und Protokollen hervor, die die WirtschaftsWoche einsehen konnte.

Dass solch derivative Finanzprodukte Risiken verschleiern und damit zu hohen Verlusten führen können, haben sie in der Finanzkrise 2008 gezeigt. Seitdem hat sich die Regulierung zwar verschärft. Entsprechend warnt der Bundesrechnungshof gegenüber dem Bundesjustizministerium eindringlich vor transnationalen Börsengeschäften. Es gebe „keine Notwendigkeit dafür“, dass die Behörde „unter Umständen auch maximale Anlagerisiken eingeht“, heißt es in einer internen Stellungnahme vom Dezember 2017. Doch die Münchner Behörde lässt die Bedenken nicht gelten: „Absprachen mit Rechnungshöfen einzelner Länder“ seien in den Statuten nicht vorgesehen.

Über allen EU-Gesetzen

Das EPA ist eine supranationale Organisation, die 1977 von mehreren Staaten gegründet wurde, um die Patentvergabe untereinander zu vereinfachen. Heute gehören ihr 38 Länder an, darunter auch alle EU-Staaten. An nationale Vorgaben oder EU-Gesetze ist das EPA nicht gebunden. Mehr noch: Es genießt juristische Immunität. Nicht einmal die neue Datenschutz-Grundverordnung hat für das Amt Gültigkeit, wie aus einem hauseigenen Newsletter von Ende Mai hervorgeht. Denn: „Als internationale Organisation mit eigenem internationalen Vertrag ist das EPA unabhängig von der EU-Gesetzgebung.“

Und so gibt es nur ein Organ, das als Aufsicht fungiert und der EPA-Führung auf die Finger klopfen kann: der Verwaltungsrat, in den die Mitgliedstaaten Vertreter ent-

senden. Deutschland führt seit Oktober den Vorsitz in dem Gremium.

Doch der Haushalts- und Finanzausschuss des Verwaltungsrates winkte die Anlagepläne im Mai in geheimer Sitzung durch – mit 31 Ja-Stimmen und drei Enthaltungen. Allein Deutschland votierte mit Nein. „Wir haben sowohl gegen die neuen Anlagerichtlinien als auch gegen die Vergabeentscheidung zum Liquiditätsmanagement gestimmt“, teilt eine Sprecherin des Bundesjustizministeriums mit. Es seien wesentliche Fragen offen geblieben: „Dies betrifft insbesondere eine genaue Eingrenzung der zulässigen Anlageklassen als auch die Begrenzung von Risiken.“

Tatsächlich klingt die erhoffte Rendite von 4,0 Prozent im aktuellen Umfeld sehr ehrgeizig. In einem Papier des EPA-Präsidiums heißt es: „Wenn das EPA jährlich zusätzliche 250 Millionen Euro investieren würde, könnte das gesamte Anlagevermögen in 20 Jahren auf rund 12 Milliarden Euro





Fragwürdige Ortswahl Den Europäischen Erfinderpreis richtete das Patentamt in Saint-Germain-en-Laye nahe Paris aus – der Heimatstadt des Präsidenten Battistelli

anwachsen.“ Könnte, klar. Als gebe es garantierte Wertsteigerungen.

Das Amt erklärt, es wolle mit EPOTIF „langfristigen Risiken“ vorbeugen: hohen Personalkosten, Rentenzahlungen, auf Renten anfallende Steuerabgaben. Dabei hatte die EPA-Gewerkschaft 2015 festgestellt, dass derlei Risiken über einen hauseigenen Pensionsfonds abgesichert seien. Statt langfristigen Risiken vorzubeugen, maximiert das EPA nun Risiken – vor allem für Deutschlands Steuerzahler.

Um das zu verstehen, muss man nur einen Blick auf Artikel 40 des Europäischen Patentübereinkommens werfen, der Gründungsakte des EPA. Danach müssen die Mitgliedstaaten für Verluste des Amtes einstehen. Die Höhe der Haftungssumme richtet sich nach der Zahl der eingereichten Patente. Deutschland hat nach den USA die mit Abstand meisten Patentanmeldungen. 2017 waren es laut EPA-Jahresbericht insgesamt rund 25 500.

Das Patentamt erklärt zwar, es habe, was den Fonds anbetrifft, einige Anregungen aus Berlin übernommen. So dürfe nun höchstens ein Fünftel der Mittel in Anlageformen der höchsten Risikoklasse investiert werden. Doch der Bundesrechnungshof hatte auch moniert, dass die Richtlinien „keine Anforderungen an die Bonität der Kontrahenten, Emittenten oder Produkte“ enthielten, dass es keine „Vorgaben zur Vermeidung von Klumpenrisiken“ gebe, dass die Risikobetrachtung nur auf einem Modell beruhe – „mit entsprechend hohem Verlustrisiko“.

Die Warnungen hindern Unternehmen mit Sitz oder Außenstelle in Deutschland nicht daran, schon vorab an den riskanten Milliardenpielchen von EPOTIF mitzuerdienen. Den Zuschlag als Depotbank erhielt die BNP Paribas Deutschland, als zuständige Kapitalverwaltungsgesellschaft wurden die Frankfurter Universal Investment sowie Amundi Deutschland in München ausgewählt. Zwei weitere beauftragte Vermögens-

verwaltungen sind in London ansässig, die Legal & General Investment und Schroders. Die Gesamtkosten für alle externen Dienstleister belaufen sich für das EPA auf 25 Millionen Euro in den ersten drei Jahren.

Europäische Behörde, öffentliches Geld, privatisierte Gewinne – wie kann das sein? Der frühere Verfassungsrichter und Patentgutachter Siegfried Broß nennt den 2,3-Milliarden-Euro-Fonds des EPA einen „Schattenhaushalt“. Hier werde „das zentrale demokratische Prinzip verletzt, wonach öffentliche Haushalte unter parlamentarischer Kontrolle stehen müssen“. Dieses „Finanzgebaren“ sei nicht vom Europäischen Patentübereinkommen, also der EPA-Gründungsakte, gedeckt und damit „unzulässig“.

Auch der Münchner Patentanwalt Thorsten Bausch von der Kanzlei Hoffmann Eitle hält die neue Anlagestrategie „im Grunde genommen für einen Skandal“. Er fürchtet, dass die Behörde ihre Mittel zweckentfremdet. „Das Geld gehört den Patentanmel-

dern und darf vom EPA nicht einfach an der Börse aufs Spiel gesetzt werden“, sagt er.

Seine Kanzlei gehört zu einer von vier großen deutschen Anwaltssozietäten, die ihrem Unmut in einem offenen Brief Luft gemacht haben. Das EPA, so schreiben sie, sei kein Industrieunternehmen und müsse deshalb „sein Vermögen nicht über das zum Eigenbedarf Nötige hinaus erweitern“. Der Überschuss sei vielmehr ein Zeichen, dass die Gebühren für Patentanmeldungen zu hoch seien und gesenkt werden müssten.

Die EPA-Pressestelle indes begründet ihre Anlagestrategie mit einer nichtöffentlichen Rechtsquelle: mit der Finanzordnung des Hauses. Nicht einmal auf Anfrage rückt das Amt das Dokument heraus. Die WirtschaftsWoche kann es dennoch einsehen und erfährt: Das EPA wird darin zwar zu einem „vernünftigen Finanzmanagement“ ermahnt. Aber Artikel 64 ermächtigt den Amtspräsidenten auch, Geld anzulegen, das „nicht für den unmittelbaren Bedarf der Organisation nötig“ ist.

Exverfassungsrichter Broß meint aber, dass das EPA Geldgeschäfte „nur eng um-

Dinge zu tun, die im eigenen Land nach nationalem Recht illegal wären. So hat Österreich den neuen Anlagerichtlinien zugestimmt, obwohl dort ein gesetzliches Spekulationsverbot für die öffentliche Hand gilt. Stefan Pichler, Professor für Banking und Finance an der Wirtschaftsuniversität Wien, hält das Votum seines Landes für „politisch unverantwortlich“. Die Delegationsleiterin und österreichische Patentamtschefin Mariana Karepova hätte „auf keinen Fall zustimmen sollen“, sagt Pichler. „Sie hätte vor allem prüfen müssen, ob das Haftungsrisiko nicht dagegen steht, schon aus ökonomischer Verantwortung heraus.“

Karepova selbst verweist auf das negative inflationsbereinigte Ergebnis des angelegten Vermögens des EPA 2016: minus 0,8 Prozent. „Eine solche Situation, die einen laufenden Wertverlust darstellt“, dürfe „nicht sehenden Auges hingenommen werden“. Auch eine Studie der Beratung Deloitte von 2016 habe erweiterte Anlagemöglichkeiten „zur Erzielung eines günstigeren Risiko-Rendite-Verhältnisses“ für „sinnvoll“ erachtet. Für EPOTIF seien „mehrstufige Governance- und Compliancestrukturen“ geplant, betont Karepova. Vierteljährlich soll das Fondskonstrukt an den geheim tagenden Haushalts- und Finanzausschuss des Verwaltungsrates berichten.

Ohne ausreichende Kontrolle

Wie es bislang tatsächlich um die Compliance am EPA bestellt ist, zeigt ein anderer Fall. Es ist der 7. Juni, ein Donnerstag, der vielleicht wichtigste Jahrestermin im Kalender des Patentamts: die Verleihung des Europäischen Erfinderpriests. Die Trophäe geht an Menschen, die Fortschritte in der Medizin, der Energie- und IT-Technik bewirkt haben. Und die Schampus-Party kann bis zu fünf Millionen Euro kosten, schätzt der Blog „Techrights“ bereits vor dem Event.

Als Veranstaltungsort hat das EPA ein Städtchen im Norden von Paris gewählt, Saint-Germain-en-Laye – Battistellis Heimat. Der scheidende EPA-Präsident ist hier Vizebürgermeister für Kultur. Verliehen wird der Preis im Theater Alexandre Dumas, in dem Battistelli laut Webseite zum „Team“ gehört. Pascal Lévêque, der dem Ortsverband der Sozialistischen Partei vorsteht, findet das seltsam: Der Gemeinderat sei zur Vergabe des Erfinderpriests nie befragt worden. „Der Bürgermeister hat der Ortsauswahl einfach zugestimmt und unterschrieben“, erklärt Lévêque: „Die doppelte Ämterführung von Herrn Battistelli hinterlässt zweifelsohne Fragen.“ Battistelli will sich ebenso wie die EPA nicht äußern.

„Die Anlagestrategie des Patentamts ist ein Skandal. Das Geld gehört den Patentanmeldern“

THORSTEN BAUSCH, Kanzlei Hoffmann

Der Jurist und frühere österreichische Patentamtspräsident Friedrich Rödler sagt, Battistelli habe den Verwaltungsrat noch nie in Sachen Erfinderpriest gefragt. Es gebe stets „nur eine Mitteilung an den Verwaltungsrat, wo das nächstjährige Event stattfindet – und alle freuen sich, weil sie wieder in einer neuen Stadt bewirtet werden“.

Es sind diese Strukturen, die das geplante Milliardenenspiel mit Aktien und Derivaten ins Zwielflicht rücken und mit denen die Behörde ihre Reputation aufs Spiel setzt. Die vier Kanzleien um Patentanwalt Thorsten Bausch, Hoffmann Eitle, Vossius & Partner, Maiwald sowie Grünecker, die zusammen jährlich rund 9500 Patente für Unternehmen aus aller Welt anmelden, warnen in ihrem Schreiben vor einem drastischen Qualitätsverlust. Grund sei „der überzogene Wunsch nach hoher Produktivität“. Wenn Patente oberflächlicher geprüft würden, steige die Zahl fehlerhaft erteilter Schutzrechte. Das wiederum „verzerrt und behindert“ den europäischen Wettbewerb, mahnen die Verfasser. „Das könnte das gesamte Patentwesen ins Wanken bringen.“

Zuvor hatten auch schon 924 EPA-Patentprüfer in einem offenen Brief erklärt, dass sie sich in einem moralischen Dilemma befänden: Die „Zwänge“, unter denen sie arbeiteten, stünden „nicht mehr länger in Einklang mit den Pflichten“ ihres Berufs. Die Prüfer unterzeichneten den Appell aus Angst nur anonym, ein Notar hatte die Echtheit ihrer Identitäten beglaubigt.

Am 27. und 28. Juni trifft sich der EPA-Verwaltungsrat zu seiner nächsten Sitzung in Den Haag. Es wäre die letzte Gelegenheit, über den Qualitätsverlust bei den Prüfungen zu sprechen und den EPOTIF-Fonds zu stoppen. Dass das passiert, ist nicht wahrscheinlich. Das Europäische Patentamt verweist dazu erneut auf seine geheime Finanzordnung: Diese sehe in Fällen, in denen der Haushaltsausschuss bereits entschieden habe, keine Beteiligung des Verwaltungsrats mehr vor. ■



Immer mehr Patente bewilligt

Kritiker warnen vor einem Qualitätsverlust des Europäischen Patentamts

grenzt zu dem beschriebenen Zweck und der Aufgabe – der Patenterteilung – eingehen darf. Börsenspekulationen gehören nicht dazu“, sagt er.

Doch selbst wenn ein Gericht zu einer ähnlichen Auffassung käme und den Fonds EPOTIF verbieten würde, hätte das für das EPA wegen seiner Immunität keine Folgen. Experte Broß sieht in diesem rechtlichen Sonderstatus, den solche internationalen Organisationen erhalten, deshalb „die Wurzel allen Übels“.

Die Immunität ihres Amtes ermöglicht es den Vertragsstaaten des Patentamts sogar,